

STANDPUNKT
Ökonomisches Abfallprodukt

Alexander Isele hofft auf die weltweite Solidarität mit Küken

In Teilen Chinas essen sie Hunde, dafür gibt es in Yulin eigens ein Festival, gegen das man sich bei einer Onlinepetition aussprechen kann – die bösen Hundefresser die! In Japan essen sie Wale, auch hier wird seit Jahren internationaler Druck aufgebaut, den Walfang zu stoppen – die brutalen Walschlachter die!

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat am Freitag das Töten von männlichen Küken gebilligt. Schätzungsweise 48 Millionen Junghähne wurden letztes Jahr alleine in Deutschland geschreddert oder vergast – 2014 waren es 45 Millionen, 2013 nur 41 Millionen. Und das nur, weil sie ausgewachsen keine Eier legen und nicht genug Fleisch ansetzen, sie also in der industriellen Landwirtschaft keinen Nutzen haben, ein ökonomisches Abfallprodukt sind. Schreddern ist übrigens genau das, wonach es sich anhört. Razz razz razz, das Küken, das ist ... razz razz razz. Ob Vergasen weniger grausam ist, darf bezweifelt werden.

Welche Tiere wo auf der Erde zum Verzehr getötet werden, hängt von den jeweiligen kulturellen Gegebenheiten ab. Alle Tiere sind Lebewesen, ob Küken, Wal oder Hund. Tiere zu töten, weil sie ökonomische Abfallprodukte sind, ist eine Steigerung ins Perverse hinein, die überall auf der Welt passiert. Wenn der Druck daheim nichts bewirkt, vielleicht ja der aus dem Ausland. Bitte, ihr Freunde männlicher Küken auf der ganzen Welt, stellt unsere Gesellschaft an den Pranger – die bösen Küken-schredderer die!

UNTEN LINKS

Sind Sie die üblichen, immergleichen Koalitionsdebatten auch leid? Die bösen Grünen machen mit der noch böseren CDU herum. Die SPD traut sich nicht mit der Linkspartei. Die revanchiert sich für die versagte Liebe mit rhetorischen Giftpfeilen. Und am Ende gewinnt Angela Merkel. Damit könnte bald Schluss sein – wenn die Politik auf die Wissenschaft hören würde. Die Frage der Zuneigung ist nämlich auch eine der Größe! Eine Studie hat das jetzt exakt ermittelt: Am ehesten klappt es zwischen denen, die gleich groß sind. Künftig sollte daher die Besetzung von Sondierungsgruppen der Parteien danach ausgerichtet werden. Auch könnte es sinnvoll sein, Parteivorsitzende gleich danach auszuwählen, ob sie größtmäßig zu den erwünschten Partnerparteien passen. Und was uns die Studie auch vorhersagt: Wenn die SPD erst einmal so klein ist wie die Linkspartei, dann werden die Sozialdemokraten am lautesten nach einem gemeinsamen Bündnis rufen. So richtig klappt es gemeinsam eben erst auf Augenhöhe. tos

Endstation Schredder

Urteil: Männliche Küken dürfen weiter massenhaft getötet werden



Foto: Animal Equality

Berlin. Männliche Küken können keine Eier legen. Dieser naturgegebene »Makel« wird ihnen tagtäglich zum Verhängnis: Innerhalb von 72 Stunden kommen die Tiere in den Brutereien für gewöhnlich in einen Schredder oder werden vergast. Anschließend landen die Kadaver entweder in einer Mülltonne oder werden als Tierfutter verarbeitet. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat diese Praxis nun gebilligt und damit ein bisher nur in Nordrhein-Westfalen geltendes Tötungsverbot gekippt. Das Tierschutzgesetz erlaube das Töten, wenn ein vernünftiger Grund im Sinne des Gesetzes vorliege, begründeten die Richter ihr

Urteil am Freitag. Die Aufzucht der männlichen Küken sei für die Brutereien mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand verbunden. Revision ließ das Gericht nicht zu. Das Massensterben kann also weitergehen.

Beim Deutschen Tierschutzbund löste das Urteil heftiges Kopfschütteln aus. »Der Tierschutz unterliegt wirtschaftlichen Interessen. Das ist angesichts eines Staatsziels Tierschutz nicht hinnehmbar«, erklärte der Präsident der Organisation, Thomas Schröder. »Es ist nun an Bundesminister Christian Schmidt, ob er als Pate eines millionenfachen Kükenmordes in die Geschichte eingehen will oder ob er nun

als Gesetzgeber konsequent handelt.« Auch die Linkspartei kritisierte den Richterspruch. »Einen Ausweg aus dem alljährlichen Töten von 50 Millionen Eintagsküken bietet nur das Zweinutzungshuhn mit einer ausgewogenen Fleisch- und Legeleistung«, so die Agrarexpertin der Partei, Kirsten Tackmann.

Das Urteil hat für die Branche Signalwirkung, auch wenn nur 5,4 Prozent der in Deutschland ausgebrüteten Küken in Nordrhein-Westfalen schlüpfen. Zwölf von bundesweit 30 Betrieben sind dort ansässig. Sie sind in der Regel aber kleiner als die Brüter in anderen Ländern. *nd/Agenturen Seite 8*

Von Tschernobyl überstrahlt

In Hamm-Uentrop wurde 1986 radioaktives Material freigesetzt – absichtlich, behauptet ein Ex-Mitarbeiter

Vorwurf eines pensionierten Ingenieurs: Im Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop wurde während der Katastrophe von Tschernobyl radioaktives Material ausgeblasen.

Von Marcus Meier

Die Gerüchte kursieren seit Tagen und versetzen Atomkraftgegner in Aufruhr, nun ist es gleichsam offiziell: Im Thorium-Hochtemperaturreaktor im nordrhein-westfälischen Hamm-Uentrop setzten Ingenieure im Mai 1986 bewusst Radioaktivität frei. Sie hofften offenbar, es werde nicht auffallen, da wegen der sich parallel abspielenden Reaktorkatastrophe in Tschernobyl die Radioaktivitätswerte in Europa massiv erhöht waren. Das berichtete ein ehemaliger THTR-Mitarbeiter gegenüber lokalen Medien.

Es habe seinerzeit Probleme mit der von ihren Befürwortern als »inhärent sicher« angepriesenen

Atomanlage gegeben, so Hermann Schollmeyer, ein ehemals im THTR tätiger Ingenieur. Diese bezogen sich auf den Transport radioaktiver Elemente. Die Kugeln hätten sich in Leitungen verklemmt, so Schollmeyer. »Irgendein Schlaumeier ist dann auf die Idee gekommen, dass wir die Leitungen mit Helium freiblasen sollen. Wegen der Tschernobyl-Wolke würde das doch eh niemand merken«, lässt der 83-Jährige sich in einer Lokalzeitung zitieren. »Das war Absicht«, ergänzte der promovierte Ingenieur, der betont, er sehe die THTR-Technik immer noch sehr positiv. Dabei hätte der Leiter des AKW, ein gewisser Dr. Daoud, einfach nur auf die Lieferung bereits bestellter Filteranlagen warten müssen. Dr. Daoud habe eigenmächtig und gegen Warnungen gehandelt, so Schollmeyer.

»Der radioaktiv verseuchte Kugelbruch wurde also doch absichtlich in die Umgebung ausge-

blasen und damit die Bevölkerung einer großen Gefahr ausgesetzt«, ärgert sich Horst Blume von der Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm. Das Dr. Daoud vorgeworfene Handeln hat aus Sicht des Umweltschützers strafrechtliche

Die Menge der freigesetzten Radioaktivität lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

Relevanz, während sich die Aufsichtsbehörden der Strafverfolgung schuldig gemacht hätten.

Sowohl den Bundestag wie den nordrhein-westfälischen Landtag werden die Vorwürfe beschuldigen. »Sollten die Angaben von Dr. Schollmeyer stimmen, ist das ein skandalöser und wohl auch krimineller Vorgang«, so Hubertus

Zebel, atompolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Er werde umgehend die Bundesregierung befragen, welche Kenntnisse sie über die damaligen Vorgänge habe und wie sie diese möglicherweise nachträglich aufzuklären gedenke.

Auch die Piratenfraktion im Düsseldorfer Landtag vermutet »ein rechtswidriges, vorsätzliches Ausblasen radioaktiver Stoffe« und stellte eine Berichtsanhörung an die rot-grüne Landesregierung. Die Piraten wollen wissen, seit wann die Behörden Bescheid wussten.

Die Menge der freigesetzten Radioaktivität lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Wegen der Tschernobyl-Havarie waren die Radioaktivitätswerte auch in Hamm stark erhöht und Messgeräte im THTR fielen entweder aus oder wurden, das hält der THTR-Experte Dr. Rainer Moormann gegenüber »nd« für denkbar, möglicherweise manipuliert.

Folgsam gegenüber Erdogan

Türkisches Parlament hebt Immunität von 138 Abgeordneten auf

Istanbul. Auf Betreiben von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat das türkische Parlament die Aufhebung der Immunität von mehr als einem Viertel der Abgeordneten beschlossen. Mehr als zwei Drittel der Parlamentarier stimmten am Freitag in Ankara für den Vorstoß von Erdogans islamisch-konservativer Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP). Der Schritt richtet sich vor allem gegen die HDP, die für Kurdenrechte eintretende und linksorientierte Demokratische Partei der Völker. Erdogan wirft der HDP vor, der »verlängerte Arm« der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans zu sein. Erdogan hatte ausdrücklich dazu aufgerufen, die Immunität der HDP-Abgeordneten aufzuheben, denen nun Festnahmen und Untersuchungshaft drohen.

Erdogan sprach am Freitag von einer »historischen Abstimmung«. In Rize sagte er vor jubelnden Anhängern: Nun seien die Gerichte am Zug. »Nehmt sie und richtet über sie. Sie sollen den Preis, welchen auch immer, bezahlen.« *dpa/nd Kommentar Seite 2*

Ausnahmezustand gerichtlich gebilligt

Venezuela: Maduro weitere 60 Tage mit Sondervollmachten

Rio. In Venezuela hat das Verfassungsgericht den Ausnahmezustand für rechtens erklärt. Die von Präsident Nicolás Maduro ergriffenen Maßnahmen »zum Schutz der Bevölkerung und der Institutionen« seien verfassungskonform, urteilten die Richter am Donnerstagabend (Ortszeit). Damit kann Maduro für zunächst 60 Tage mit Sondervollmachten regieren. Maduro hatte Ende vergangener Woche den seit Jahresbeginn geltenden wirtschaftlichen Notstand verlängert. Das Dekret beinhaltet zudem eine erhebliche Erweiterung der Macht des Präsidenten. Es sieht unter anderem vor, dass Soldaten wie auch lokale Bürgerwehren zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und bei Lebensmittelverteilungen zum Einsatz kommen können.

Außerdem beschneidet das Dekret einige Befugnisse des Parlaments und überträgt sie auf die Regierung. Auch sieht es Kontrollen für Organisationen mit Kontakten zum Ausland vor, ein Passus, der vor allem Nichtregierungsorganisationen ins Visier der Behörden bringen kann. *epd/nd*

Juncker: Kein Dialog mit FPÖ

EU-Kommissionschef zur Stichwahl um Österreichs Bundespräsident

Paris. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat vor der Bundespräsidenten-Stichwahl in Österreich an diesem Sonntag deutliche Worte an die rechtspopulistische FPÖ gerichtet: Mit Blick auf einen möglichen Sieg der Rechtspopulisten sehe er sich gezwungen zu sagen, »dass ich sie nicht mag«, sagte Juncker in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit der französischen Zeitung »Le Monde«. »Die Österreicher hören das nicht gern, aber das ist mir egal. Mit den Rechtspopulisten ist weder eine Debatte noch ein Dialog möglich.« Bei der Stichwahl am Sonntag tritt der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer gegen den von den Grünen unterstützten Kandidaten Alexander Van der Bellen an.

Beobachter sagen Hofer einen leichten Vorsprung voraus, sind aber mangels Umfragen nach der ersten Wahlrunde vorsichtig. In der ersten Runde hatte Hofer 35 Prozent der Stimmen erhalten, Van der Bellen 21,3 Prozent. Der Bundespräsident hat vor allem repräsentative Aufgaben. *AFP/nd Seite 20*